

## Standpunkt der Kantone 1/2026: Fokusbeitrag

---

# Kantone lehnen die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» ab

## Wirksam handeln, statt den Wohlstand aufs Spiel setzen

**Der Schweizer Wohlstand basiert auf einer starken Wirtschaft und einem effizienten Arbeitsmarkt. Dieser ist auf qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen, die häufig nur im Ausland gefunden werden können. Deshalb ist eine Bevölkerungsobergrenze, wie sie die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» in der Verfassung festschreiben will, für unsere Prosperität schädlich. Die Kantone hätten nicht mehr den nötigen Spielraum, um auf die Bedürfnisse von Gesellschaft und Wirtschaft zu reagieren, und könnten aus Personalmangel keinen hochwertigen Service public mehr gewährleisten. Die Kantone bestreiten die Herausforderungen des Bevölkerungswachstums nicht. Sie reagieren Tag für Tag mit konkreten, an die örtlichen Gegebenheiten angepassten Massnahmen darauf.**

Viele vom Bevölkerungswachstum betroffene Bereiche wie z.B. Bildung, Mobilität, Wohnen liegen zu einem grossen Teil in der Zuständigkeit der Kantone, die die Bedürfnisse ihrer Einwohnerinnen und Einwohner besser kennen als alle anderen. Sie setzen auf konkrete Lösungen, sei es bei Infrastrukturen, im Verkehr oder bei der Versorgung. In der Praxis bedeutet dies, dass die Herausforderungen dort angepackt werden, wo sie tatsächlich auftreten. Städtische Gebiete legen beispielsweise den Schwerpunkt auf die Bereiche Verkehr und Wohnen, während die ländlichen Gebiete und die Bergregionen versuchen, Einwohnerinnen und Einwohner sowie Unternehmen zu gewinnen, um ihre Wirtschaftskraft zu erhalten und auf die besonders starke Alterung ihrer Bevölkerung zu reagieren.

### Gezielte Lösungen entwickeln

Die Kantone haben seit Jahren Massnahmen eingeleitet, um die verschiedenen Herausforderungen zu meistern. Wohnungsknappheit und steigende Mieten sind nicht allein auf Zuwanderung zurückzuführen. Oft sind sie das Ergebnis einer Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage (veränderte Wohnbedürfnisse). Zahlreiche Kantone fördern den Wohnungsbau und setzen dabei häufig auf eine qualitätsvolle Verdichtung des Siedlungsraums sowie auf die Umnutzung von Industriebrachen. In Genf können künftig im Rahmen grosser Planungsprojekte, wie etwa der Umgestaltung ganzer Stadtviertel (Praille-Acacias-Vernets) Tausende Wohnungen gebaut werden, während gleichzeitig der öffentliche Raum insgesamt optimiert wird. Auch in Basel (Klybeckplus, Dreispitz und Erlenmatt) und Zürich (Hardturm Areal, Brunaupark, Leutschenbach) sowie in anderen städtischen Zentren wurden Grossprojekte lanciert.

Ferner werden Massnahmen ergriffen, um die Planungs- und Baubewilligungsverfahren zu verbessern und zu beschleunigen und für eine ausreichende Anzahl erschwinglicher Wohnungen zu sorgen. Weiter kann beispielsweise der Kanton Zug nicht rückzahlbare Beiträge zur Senkung der Mietkosten ausrichten.

Diese Ansätze zeigen, dass zielgerichtete Massnahmen besser sind als ein Bevölkerungsdeckel, der dem Bausektor dringend benötigte Arbeitskräfte vorenthalten würde.

Das Bevölkerungswachstum kann den Druck auf die Verkehrsinfrastruktur zwar verstärken, es stellt jedoch nicht die Hauptursache dar. Die Kantone arbeiten seit Jahren mit dem Bund zusammen, um zielgerichtete Mobilitätsprojekte zu finanzieren wie reservierte Fahrspuren für den öV, zusätzliche Züge zu den Stosszeiten sowie die Anpassung und den Ausbau von Bus- und Tramnetzen. Dabei werden die Verkehrsmassnahmen mit der Siedlungsentwicklung koordiniert. Durch den Ausbau regionaler Bahnnetze und die Verdichtung bahnhofnaher Gebiete lassen sich mehr Menschen unterbringen und Zersiedelung begrenzen.

### **In die Zukunft investieren**

Im Gesundheitswesen trägt der hohe Anteil an ausländischen Fachkräften dazu bei, den Fachkräftemangel in der Schweiz abzufedern. In vielen Spitälern sowie in Alters- und Pflegeheimen kann so trotz der immer älter werdenden Bevölkerung für eine hochwertige Betreuung und Pflege gesorgt werden. Wenn kein im Ausland ausgebildetes Personal mehr eingestellt werden könnte, hätte dies schwerwiegende Folgen für das medizinische Angebot in der Schweiz und würde die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems ernsthaft gefährden.

Das Gesundheitswesen ist aber kein Einzelfall. Die Schweiz ist in vielen Branchen wie Bau, Forschung, Gastronomie/Tourismus, Handel, Informatik/Kommunikation, Maschinen- und Uhrenindustrie, Chemie und Pharma, Transport/Verkehr auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Auch hier kooperieren die Kantone mit Unternehmen und Hochschulen, um mehr einheimisches Personal auszubilden und gleichzeitig die notwendigen Kompetenzen aus dem Ausland zu gewinnen. Gleichzeitig arbeiten sie an der Integration, um die berufliche Eingliederung von Zugewanderten zu verbessern und gesellschaftliche Spannungen abzubauen.

Die Kantone fördern die Ausbildung junger Menschen in Berufen, die besonders unter Druck stehen. Dank der Anstrengungen der Kantone und der Unterstützung des Bundes konnten mehr Studienplätze sowie neue Lehrgänge geschaffen werden.

### **Gravierende Folgen vermeiden**

Ein starrer Zuwanderungsdeckel wäre schädlich für die Kantone. Diese zweifeln an der Wirksamkeit einer bürokratischen und zentralistischen Kontingentierung. Zahlreiche Schlüsselsektoren sind auf einen flexiblen Zugang zu spezifischen Fachkräften angewiesen. Viele internationale Unternehmen könnten sich fragen, ob sie weiterhin in der Schweiz investieren sollen.

Eine Abkehr von der Personenfreizügigkeit mit der EU könnte zu einem Ausschluss der Schweiz aus dem europäischen Sicherheitsraum (Schengen / Dublin) führen. Dies würde die Kriminalitätsbekämpfung deutlich erschweren, weil unser Land keinen Zugang zu den Instrumenten der internationalen Polizeizusammenarbeit mehr hätte. Ein Ausschluss aus dem Schengen-Raum würde zudem zu erheblichen Verzögerungen im grenzüberschreitenden Personen- und Warenverkehr führen und den Tourismussektor schwächen.

Schliesslich würde eine Annahme der Initiative auch die Kantonsfinanzen in Mitleidenschaft ziehen. Ein wirtschaftlicher Rückgang würde zu Steuereinnahmen führen, die für Investitionen in die Infrastruktur, den Service public und die Bildung notwendig sind.